

# „Politik hat beim sozialen Wohnungsbau völlig versagt“

Diskussionsveranstaltung in der Uni Hannover beschäftigt sich mit dem Problem der Wohnungsnot – und kann keine einfachen Lösungen bieten

Von Mathias Klein

Das Thema Wohnungsnot treibt die Entscheidungsträger diverser Sparten um: Politiker, Vertreter der Wohnungswirtschaft und des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben jetzt in der Universität Hannover über Lösungen für das immer drängender werdende Problem diskutiert. Dabei wurde deutlich: Einfache Gegenrezepte gibt es nicht.

Unternehmen müssen sich bei Wohnungsprojekten zunehmend mit Einsprüchen und Protesten von Anwohnern auseinandersetzen. Das sei eines der Hemmnisse bei der Schaffung neuen Wohnraums, sagte die Direktorin des Verbandes der Wohnungswirtschaft in Niedersachsen, Susanne Schmitt, bei der Diskussion mit dem Titel „Wohnungspolitik und ihre soziale Dimension“. Dabei ging es vor allem um die Probleme bei der Schaffung von Wohnraum für Sozialhilfeempfänger und Geringverdiener.

## Probleme bei Sozialwohnungen

Als Beispiel nannte Schmitt die Pläne für die Unterbringung von Obdachlosen im Zooviertel in Hannover. Jeder wisse, dass auch diese Menschen irgendwo leben müssten, betonte Schmitt. An der Haltung der protestierenden Anwohner müsse sich daher etwas ändern. Um schnell dringend benötigte Sozialwohnungen zu erhalten, seien zu-



Olaf Lies (v. l.), Susanne Schmitt, Mehrdad Payandeh und Eberhard Hoffmann sprechen zum Thema Wohnungsnot.

FOTO: KATRIN KUTTER

dem weitere Veränderungen nötig. Dazu gehörten eine deutlich schnellere Erteilung von Baugenehmigungen und die Möglichkeit, Parkhäuser und Supermärkte mit Wohnungen aufzustocken.

Landesumweltminister Olaf Lies (SPD), der auch für den Wohnungsbau zuständig ist, warnte davor, den sozialen Wohnungsbau vor allem auf die Städte zu konzentrieren. „Wir werden nicht alle Menschen in den Städten unterbringen können, die in die Städte wollen“, meinte er. Deshalb müsse die Attraktivität des ländlichen Raumes gestärkt werden. Lies sagte, es ärgere ihn, dass das Land Niedersachsen vor 15 Jahren die landeseigene Wohnungsgesellschaft Nileg verkauft habe. Damit habe das

Land ein wesentliches Instrument für die Gestaltung des Wohnungsmarktes und zur Schaffung von Sozialwohnungen aus der Hand gegeben. Der Nileg gehörten rund 30 000 Wohnungen.

„Die Politik hat beim sozialen Wohnungsbau völlig versagt“, stellte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Niedersachsen und Bremen, Mehrdad Payandeh, fest. Minister Lies widersprach dem nicht. Durch den heftigen Anstieg der Mieten werde die Mitte der Gesellschaft besonders hart getroffen, sagte der DGB-Chef in der Veranstaltung, die von Prof. Stephan Thomsen vom Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Hannover geleitet wurde. Stabile Mieten seien wichtig für die soziale Stabilität des Landes, betonte Payandeh.

## Studenten haben es schwer

Auch für Studenten führt die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Hannover zu Problemen. Nur 6,2 Prozent der Studenten könnten in der Landeshauptstadt einen der preiswerteren Wohnheimplätze beziehen, stellte der Leiter des Studentenwerks, Eberhard Hoffmann, fest. In Göttingen seien es dagegen fast 15 Prozent. Aber auch der Bau neuer Wohnheimplätze werde in Hannover erschwert. Weil hier die Baupreise höher seien, reiche die Landesförderung nicht aus, sagte Hoffmann.